

Fraktion **direkt**

26 | 28. November 2014

Zur Lage

Koalition schreibt Geschichte

Schwarze Null ist Ausdruck ökonomischer Vernunft



Foto: Götz Schleser

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Im Bundestag haben wir in dieser Woche den Haushalt für das kommende Jahr verabschiedet. Eigentlich sollten feierliche Begriffe mit Bedacht gewählt werden: Doch in diesem Fall kann schon behauptet werden, dass mit dem Etat ein Stück Finanzgeschichte geschrieben wird. Erstmals seit Ende der sechziger Jahre wird der Etat 2015 wieder ausgeglichen sein. Der Bund wird keine neuen Schulden machen.

„In Europa sind wir Vorbild“

Damit lebt der Staat nicht mehr über seine Verhältnisse. In Europa sind wir Vorbild. Wir leisten unseren Beitrag, dass die Euro-Schuldenkrise nicht wieder aufflammt. Ein solch diszipliniertes Verhalten ist viel sinnvoller, als Geld aufzunehmen und es mit vollen Händen auszugeben. Denn eine neue Schuldenkrise käme alle Staaten der Euro-Zone teuer zu stehen. Der ausgeglichene Haushalt ist also Ausdruck ökonomischer Vernunft.

Trotz unserer Sparsamkeit konnten wir aber auch Akzente setzen. Die Mittel für die humanitäre Hilfe werden um 280 Millionen Euro erhöht. Damit kann Deutschland den Flüchtlingen vor Ort noch mehr helfen als in der Vergangenheit. Insbesondere das Elend der Flüchtlinge im Nordirak ist immer noch unfassbar. Die Fraktion beobachtet die Lage genau: Im Spätsommer habe ich mir persönlich ein Bild gemacht; kürzlich waren zwei Mitarbeiter der Fraktion in der Region. Dabei stellte sich heraus, dass es nach wie vor Probleme gibt, die Hilfe richtig zu koordinieren. Wir müssen auf die Hilfsorganisationen einwirken, sich hier besser abzusprechen, sonst nützt das ganze Geld nichts.

Zudem wurden für das kommende Jahr die Etats der Bundespolizei und des Bundesamts für Verfassungsschutz aufgestockt. Auch das hat mit der Situation im Irak und in Syrien zu tun. Mit der Aufstockung reagieren wir auf die erhöhte Bedrohungslage durch das Terrornetzwerk „Islamischer Staat“.

In dieser Woche haben auch die Koalitionsspitzen getagt. Ich bin froh, dass es einen neuen Anlauf zum Bürokratieabbau geben wird. Bei der Frauenquote für Aufsichtsräte haben wir erreicht, was wir versprochen haben. Es gibt eine Eins-zu-Eins-Umsetzung der Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag. Dem Anliegen vieler Frauen wird damit entsprochen. Auf der anderen Seite wird den Bedenken der Wirtschaft Rechnung getragen, dass mit einer Einführung der Frauenquote noch mehr Bürokratie verursacht würde. Das hätte auch den Frauen nichts genutzt.

Volker Kauder

Koalition schreibt Geschichte	1
Die Quote kommt – wie vereinbart	2
Schluss mit neuen Schulden	3
Mit Investitionen Akzente setzen	4
„Wir sind noch lange nicht am Ziel“	5
Erdgasförderung – Von Risiken und Chancen	6
Psychisch Kranke in der Arbeitswelt halten	7
Letzte Seite	8

Die Quote kommt – wie vereinbart

Berichtspflicht für Unternehmen reduziert



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Koalitionsausschuss hat sich am Dienstagabend auf die Umsetzung einer Frauenquote geeinigt. Darauf hatten wir uns schon im Koalitionsvertrag verständigt. Über die genaue Ausgestaltung gab es allerdings noch Gesprächsbedarf mit der SPD. Manche wollten hier mehr als vereinbart. Das wollten wir nicht. Die Quote kommt nun so, wie wir es ursprünglich im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Nicht mehr und nicht weniger.

Eine starre Quote von 30 Prozent wird es nur für 108 börsennotierte und mitbestimmungspflichtige Unternehmen geben. Das ist eine überschaubare Anzahl, zumal viele dieser Unternehmen heute schon auf gutem Wege sind, die Quote zu erfüllen. Wir haben erreicht, dass die Berichtspflichten deutlich reduziert werden. Statt alle drei Jahre müssen die Unternehmen jetzt nur alle fünf Jahre über die Umsetzung ihrer gesetzten Ziele Rechenschaft ablegen.

Wichtig war uns in den Verhandlungen auch, dass die Flexiquote für 3.500 börsennotierte oder mitbestimmungspflichtige Unternehmen eine echte Flexiquote bleibt. Hier legen nun Vorstand und Aufsichtsrat gemeinsam eine Quote fest, die sie realisieren können. Außerdem wird es keine getrennte, sondern eine gemeinsame Betrachtung der Arbeit-

nehmer- und Arbeitgeberbänke im Aufsichtsrat geben. Damit ist die Sanktion des sogenannten „leeren Stuhls“ entschärft. In kleinen Gremien von zwei bis drei Personen wird es gar keine Frauenquote geben.

Die zuständigen Ressortminister Schwesig und Maas sind nun auch in der Pflicht, eine Frauenquote für die Führungsetagen des öffentlichen Dienstes zu überdenken und eine mit dem öffentlichen Dienstrecht zu vereinbarende Regelung vorzulegen. Wir können nicht nur von der Wirtschaft Anstrengungen einfordern und als Staat dahinter zurückbleiben.

Richtigerweise haben wir als Union darauf gedrängt, dass zusätzliche Berichtspflichten, die der Wirtschaft etwa durch die Frauenquote und den Mindestlohn entstehen, an anderer Stelle zu deutlichen Entlastungen führen müssen. Bundeswirtschaftsminister Gabriel hat auf unser Fördern hin nun ein Programm zum Bürokratieabbau vorgelegt. Wir werden die Wirtschaft – vor allem Start-ups und junge Gründer – von Bürokratie entlasten. Sie werden in den ersten drei Jahren von Melde- und Informationspflichten befreit.

Die Gleichstellung der Frau beginnt in Deutschland nicht erst mit der gesetzlichen Verankerung einer Frauenquote. Die Union unterstützt weiterhin den Wunsch, dass möglichst mehr Frauen in Führungspositionen kommen können. Mit Blick auf die Absolventinnenzahlen der Universitäten und Hochschulen sind wir sehr optimistisch, dass dies in den nächsten Jahren ganz natürlich geschehen wird. Insofern sind unsere umfangreichen Investitionen in Bildung und Forschung auch ein wichtiger Beitrag dazu, junge Frauen zu fördern. Und natürlich darf man weitere Schritte in Richtung Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit nicht unterlassen. Auch daran arbeitet die Union seit Jahren erfolgreich.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Schluss mit neuen Schulden

Bundestag verabschiedet Haushalt 2015 – Kanzlerin spricht von Wendepunkt – Zusätzliche Milliarden für die Infrastruktur

Zum ersten Mal seit 46 Jahren macht der Bund im kommenden Jahr keine neuen Schulden mehr. In der Generalaussprache zum Haushalt 2015 am Mittwoch im Bundestag sprach Bundeskanzlerin Angela Merkel von einem Wendepunkt: „Jahrzehntelang hat der Staat über seine Verhältnisse gelebt. Damit machen wir jetzt Schluss.“ Merkel plädierte mit Blick auf die noch nicht komplett überwundene Staatsschuldenkrise im Euro-Raum erneut für solide Haushaltsführung, für wachstumsfördernde Strukturformen und für Investitionen in die Zukunft.

Der Bundeshaushalt 2015 wurde am Freitag im Bundestag beschlossen. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sagte, mit dem Haushalt nehme die Koalition die großen Herausforderungen der Zeit an und komme trotzdem ohne neue Schulden aus. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt betonte, ein solcher ausgeglichener Haushalt sei kein Selbstzweck: „Wir tun das für unsere Kinder und Enkelkinder.“ Wichtig sei auch, dass die schwarze Null „kein Einmaleffekt“ bleibe.

Wirtschaftliche Lage „robust“

Dass die Bundesregierung auf neue Schulden verzichten kann, ist nach den Worten der Kanzlerin umso bemerkenswerter, als das geopolitische Umfeld – die Krisenherde von der Ukraine bis zum Nahen Osten – auch die Wirtschaft in Mitleidenschaft zieht. So könne es keinen Zweifel daran geben, dass die Sanktionen gegen Russland Auswirkungen auf deutsche Unternehmen hätten. Doch obwohl sich die Konjunktur eingetrübt habe, sei die Ausgangslage robust, betonte sie. „Deutschland ist eines der wettbewerbsfähigsten Länder der Welt.“

Allerdings dürfe man sich darauf nicht ausruhen, mahnte die Kanzlerin. Die Wettbewerbsfähigkeit müsse immer wieder neu erarbeitet werden



Foto: Tobias Koch

Kanzlerin Merkel bei der Generalaussprache zum Haushalt 2015 im Bundestag

– durch Innovationen und Investitionen. Merkel und Kauder verwiesen darauf, dass der Bund gerade wegen seiner Haushaltsdisziplin von 2016 bis 2018 zusätzliche zehn Milliarden für Investitionen bereitstellen könne. Kauder betonte: „Wir werden unsere ganze Kraft darauf verwenden, das Wirtschaftswachstum zu unterstützen.“

Benötigt werden vor allem Investitionen in die Verkehrsnetze, in die digitale Infrastruktur sowie in Bildung und Forschung. Den digitalen Wandel nannte Merkel die zentrale Gestaltungsaufgabe für die Zukunft. Kauder sprach sich zudem dafür aus, die Menschen bei der Sicherung ihrer Häuser und Wohnungen vor Einbruch zu unterstützen. „Die Sicherheit des Einzelnen ist eine Kernaufgabe unseres Staates.“

Europäisches Wachstumspaket begrüßt

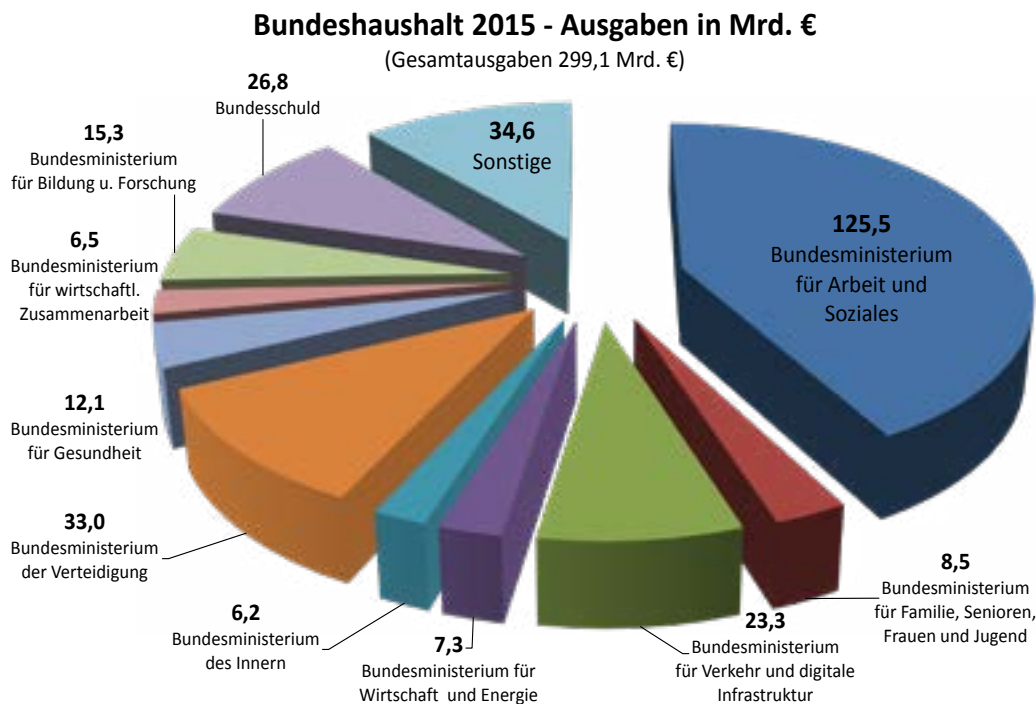
Investitionen in die Zukunft würden nicht nur auf nationaler, sondern

auch auf europäischer Ebene gebraucht, sagte Merkel. Insofern begrüßte sie ausdrücklich das von der EU-Kommission vorgelegte Wachstumspaket von 315 Milliarden Euro. Nun müssten die Projekte der Zukunft identifiziert werden, die Wachstum ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen. Europa müsse auch attraktiver werden für private Investitionen, etwa durch Bürokratieabbau.

Merkel warb auch für beschleunigte Verhandlungen der EU und der USA über ein transatlantisches Freihandelsabkommen. Unter Verweis auf die wirtschaftliche Dynamik und den Abschluss von Handelsabkommen im asiatisch-pazifischen Raum warnte sie davor, dass die EU abgehängt werden könnte: „Die Welt wartet nicht auf Europa.“ Wenn es nicht gelinge, das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) zügig zu verhandeln, verpasse die EU die Möglichkeit, internationale Standards etwa im Verbraucherschutz, im Umweltschutz oder in der Arbeitswelt zu setzen.

Mit Investitionen Akzente setzen

Einzeletats unter der Lupe



Grafik: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

2015 macht der Bund keine neuen Schulden mehr. Gleichwohl spart die Koalition nicht nur, sondern setzt mit

Investitionen wichtige Akzente – etwa in den Bereichen Verkehr, humanitäre Hilfe oder Verteidigung. „Fraktion di-

rekt“ nahm ausgewählte Einzeletats unter die Lupe.

Verkehr

Im Verkehrsetat wird zusätzliches Geld für zahlreiche Maßnahmen bereitgestellt. So werden die Mittel für Lärmschutzvorrichtungen an Bundesfernstraßen und Schienenwegen jeweils um zehn Millionen Euro erhöht. Um die gleiche Summe werden die Mittel für das Radwegenetz an Bundesfernstraßen angehoben.

Insgesamt fünf Millionen Euro werden für Modellvorhaben und Investitionen in den Aufbau einer Tank- und Ladeinfrastruktur für alternative Kraftstoffe insbesondere von Fahrzeugen und Schiffen bereitgestellt. Der Aufbau einer solchen Tank- und Ladeinfrastruktur ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass der Verkehrssektor mit dazu beitragen kann, die nationalen und europäischen Klimaschutzziele zu erreichen.

Die Investitionskraft der Deutschen Flugsicherung wird mit einem 500-Millionen-Euro-Programm bis 2019 gestützt. Damit wird eine unverhältnismäßige Gebührenerhöhung für die deutschen Fluglinien abgewendet. Eine Schwächung des Luftfahrtstandortes Deutschland wird damit außerdem verhindert.

Humanitäre Hilfe

Humanitäre Hilfe ist ein zentrales Instrument der Außenpolitik – zumal in Zeiten, in denen die Krisenherde auf der Welt zunehmen. Daher hat die Koalition die Mittel für humanitäre Hilfe im Etat des Auswärtigen Amtes für 2015 auf 400 Millionen Euro praktisch verdoppelt. Mit dem Geld kann das Leid von Millionen Frauen, Männern und Kindern auf der Flucht vor Naturkatastrophen und Kriegen gelindert werden.

Allein für die Krisenregion im Nahen Osten stehen im nächsten Jahr zusätzlich 120 Millionen Euro zur Verfügung – insgesamt 194 Millionen Euro.

Zudem wurden die Mittel für humanitäre Hilfsmaßnahmen zur Bekämpfung der Ebola-Krise um 50 Millionen aufgestockt. Für die Einrichtung und Anmietung eines Flugzeugs, mit dem Ebola-Patienten aus dem Krisengebiet in Afrika nach Europa ausgeflogen werden können, wurden zusätzlich sechs Millionen Euro eingeplant. Dies ist gerade in Hinblick auf die deutschen Helfer vor Ort wichtig, die dadurch ein hohes Maß an Sicherheit bekommen.

Verteidigung

Auch das Volumen des Verteidigungsetats steigt um 500 Millionen Euro. Damit umfasst er 2015 rund 33 Milliarden Euro – ca. zehn Prozent des gesamten Bundshaushalts.

Da es weiterhin Schwierigkeiten bei der Beschaffung neuer Ausrüstung gibt, wird ab 2015 wieder mehr in die Instandsetzung und Wartung des vorhandenen Materials investiert. Moderne Ausrüstung bleibt aber die Grundvoraussetzung einer einsatzfähigen Bundeswehr. Daher wird der Anteil für Investitionen, Forschung und Entwicklung wieder auf über 19 Prozent des Haushalts steigen. Für die Anschaffung von 131 Transportpanzern vom Typ Boxer in den nächsten Jahren wurden 620 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt.

Das Entscheidende sind aber die Soldaten. Mit einer ‚Agenda Attraktivität‘ will die Bundeswehr im Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern um Fachpersonal bestehen. Die Agenda dient dazu, die Arbeitsbedingungen für die Soldaten zu verbessern. Für das Jahr 2015 wurden hierzu 126 Millionen Euro veranschlagt.

„Wir sind noch lange nicht am Ziel“

Henning Otte über den Einsatz in Afghanistan – Ausbildungsmission „Resolute Support“ löst ISAF ab



Foto: Laurence Chaperon

Henning Otte

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Nach 13 Jahren geht der Einsatz der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan zu Ende. Die sogenannte ISAF-Mission unter Führung der NATO sollte das Land stabilisieren und verhindern, dass Afghanistan zum Rückzugsraum für Terroristen wird. Ab Anfang nächsten Jahres wird ISAF abgelöst von der Operation „Resolute Support“, einer Beratungs- und Trainingsmission. Über beide Missionen sprach „Fraktion direkt“ mit dem verteidigungspolitischen Sprecher Henning Otte.

Herr Otte, Deutschland war bei ISAF von Anfang an dabei und übernahm 2006 die Führung für das Regionalkommando Nord. Welche Bilanz ziehen Sie?

Otte: Ohne diesen Einsatz hätte der internationale Terrorismus ungeahntes Potenzial entfalten können und auch Deutschland direkt bedroht. Die Staatengemeinschaft hat Afghanistan nach dem Taliban-Regime beim Wiederaufbau unterstützt: Staatliche Strukturen, Schulen, Straßen und Krankenhäuser hat Afghanistan gebraucht.

Dennoch tun wir uns in Deutschland schwer, von einem erfolgreichen Einsatz zu sprechen. Warum? Wir legen in der Beurteilung zu sehr europäische Maßstäbe an, orientieren uns nicht an afghanischen Standards. Trotzdem sollten wir als Erfolg verbuchen, dass die Sicherheitslage heute ausreichend kontrollierbar ist, so dass der zivile Wiederaufbau fortschreiten kann. Ohne das langjährige Engagement der Staatengemeinschaft wäre es unmöglich gewesen, die afghanischen Sicherheitskräfte aufzubauen und auszubilden.

Trotz der Erfolge von ISAF: Anschläge rufen immer wieder in Erinnerung, dass Afghanistan alles andere ist als ein sicheres Umfeld. Kommt das Ende von ISAF möglicherweise zu früh?

Otte: Nein, denn wir verlassen Afghanistan nicht. Die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte durch die internationale Staatengemeinschaft geht auch im nächsten Jahr weiter. Nur werden die Afghanen jetzt selbst für die Sicherheit in ihrem Land verantwortlich sein. Das afghanische Antlitz der Einsätze tritt nun noch deutlicher hervor. Wenn die Regierung in Kabul die vollständige Sicherheitsvorsorge übernommen hat, werden wir ihnen nur noch beratend zur Seite stehen. Wir sprechen somit von einem geordneten Übergang von ISAF zu „Resolute Support“.

Afghanistan benötigt weiterhin Unterstützung. Im Sinne der beschlossenen „Dekade der Transformation“ stehen wir den Afghanen zur Seite. Bis zu 430 Millionen Euro investieren wir weiterhin pro Jahr in den zivilen Wiederaufbau, zur Finan-

zierung der afghanischen Sicherheitskräfte ab 2015 etwa 150 Millionen Euro pro Jahr.

Welche Aufgaben übernimmt die Bundeswehr konkret in der Nachfolgemission?

Otte: Es geht darum, insbesondere die höheren Führungsebenen der afghanischen Sicherheitskräfte auszubilden, zu beraten und zu unterstützen. Dazu werden bis zu 850 deutsche Soldaten in Afghanistan bleiben. Deutschland wird im Norden Afghanistans weiterhin eine besondere Verantwortung übernehmen. Wir werden den militärischen Flugplatz in Masar-i-Scharif betreiben und bei Bedarf auch Verwundete ausfliegen.

In einer zweiten Phase mit einer dann nochmals verringerten Zahl an Soldaten wird die Ausbildung sich auf die Institutionen in Kabul konzentrieren. Alles mit dem Ziel, die Erfolge der letzten Dekade bei der Schaffung effektiver Sicherheitsstrukturen zu verstetigen.

Wann kann Afghanistan endlich auf eigenen Füßen stehen?

Otte: Wir sind noch lange nicht am Ziel. Unser Engagement verändert sich, es wird weniger militärisch geprägt sein. Aber Afghanistan braucht weiterhin internationale Hilfe und das in einem hohen Umfang. Insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans ist wichtig. Aber genau dafür ist eine solide Sicherheitslage von enormer Bedeutung. Stablen Frieden wird es in Afghanistan erst dann geben, wenn der Friedensprozess weitere Erfolge aufweist. Das ist eine der zentralen Aufgaben der afghanischen Regierung.

Erdgasförderung – Von Risiken und Chancen

Fraktionsgespräch zum Thema „Fracking“ – Heimische Rohstoffversorgung sichern



Foto: Steven Rösler

Michael Fuchs bei der fraktionsoffenen Sitzung zum Thema Fracking

„Fracking“ ist nach wie vor umstritten. Vielen Menschen ist das Aufbrechen – das sogenannte Fracken – tief liegender Gesteinsschichten mit einem Gemisch aus Sand und Wasser zur Gewinnung von Erdgas nicht geheuer. Sie haben Angst vor Umweltschäden und würden die Technologie am liebsten verbieten.

Auf der anderen Seite stehen die Befürworter. Sie sehen im Fracking eine Chance, technologische Kompetenz in Deutschland weiterzuentwickeln und die Abhängigkeit von Gasimporten zu verringern. Angesichts der mitunter sehr emotional geführten Debatte ist Versachlichung das Gebot der Stunde.

Diesem Ziel diene die fraktionsoffene Sitzung, die auf Einladung der beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Michael Fuchs und Georg Nüßlein am Mittwoch im Reichstag stattfand. Unter dem Titel „Erdgasförderung in Deutschland: Risiken ausschließen – heimische Rohstoffversorgung sichern“ diskutierten Experten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft über die geologischen, technischen und wirtschaftlichen Fragen der Fracking-Technologie.

Der Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

(GBR), Hans-Joachim Kümpel, sah wenige Risiken: „Alle 16 geologischen Dienste der Bundesländer und mein eigener haben Mühe, Gründe zu finden, die gegen Fracking sprechen.“ Nach vorsichtigen Berechnungen der BGR könnte Deutschland auf diese Weise etwa zehn bis 15 Prozent seines jährlichen Erdgasbedarfs für ca. 60 Jahre aus heimischen Lagerstätten decken.

Gewässerschutz hat Vorrang

In der Podiumsdiskussion mit weiteren Experten bezeichneten alle Teilnehmer den Gewässerschutz als oberste Priorität. Wichtig sei eine enge Verzahnung von Bergrecht und Wasserrecht, eine verpflichtende, umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung sowie größtmögliche Transparenz für die Bürger. Der Präsident des Wirtschaftsverbandes Erdöl- und Erdgasgewinnung, Gernot Kalkoffen, berichtete, dass durch die Diskussion um das Fracking auch die herkömmliche Förderung von Erdgas bereits massiv beeinträchtigt werde. Er erinnerte an das grundsätzliche Problem: „Wenn wir Erdgas für unseren Energiemix brauchen, müssen wir auch die Frage beantworten, wo es herkommt.“

Warnung vor Angstmache

Der CDU-Abgeordnete Reinhard Grindel berichtete von einem „unglaublichen Druck“ vor Ort und brachte die Fracking-Diskussion in Verbindung mit dem Verlust der Niedersachsen-Wahl: „Es sind unsere Wähler, die kein Fracking wollen.“ So sei es schwer, mit Sachargumenten durchzudringen. Im Gegenzug warnte der Abgeordnete Philipp Lengsfeld vor „Angstmache“: „Die Leute haben uns auch gewählt, damit wir Erdgas gewinnen.“

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Georg Nüßlein begrüßte den Ansatz des Gesetzentwurfs der Bundesregierung, der vergangene Woche vorgelegt worden war. Danach sei Fracking oberhalb von 3.000 Metern grundsätzlich verboten. Es gebe aber eine Forschungsoption und somit die Chance, dass Fracking auch oberhalb dieser Grenze zur Anwendung komme: „Dies steht dem Hightech-Land Deutschland gut an, denn ohne Umsetzungschance wird auch nicht geforscht.“ Im Gesetzentwurf würden beim Umweltschutz keine Kompromisse gemacht. Gleichzeitig werde die Tür für Innovation und Fortschritt offen gehalten. „Dies ist der richtige Weg“, sagte Nüßlein.

Psychisch Kranke in der Arbeitswelt halten

Fraktionsgespräch mit Experten – Anforderungen an ein Bundesteilhabegesetz benannt

Menschen mit psychischen Erkrankungen haben es im Arbeitsalltag und auf dem Arbeitsmarkt oft schwer. Über die Frage, wie man sie leichter auf ihrer Stelle halten oder gegebenenfalls wieder zurück in den Beruf bringen kann, diskutierten am Dienstag Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Experten. Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der Fraktion, Peter Weiß, fasste die Schlüsselforderungen an ein gutes Bundesteilhabegesetz so zusammen: rechtzeitige und gute Beratung für jeden Betroffenen anbieten, Coaching-Strukturen verbessern, Zugang zu Hilfe ermöglichen und die Gesundheitsprävention im Betrieb stärken.

Der Behindertenbeauftragte der CDU/CSU-Fraktion, Uwe Schummer, sprach sich für einen Ausbau der Schwerbehindertenvertretungen in den Betrieben aus. Diese fungierten häufig als erste Anlaufstelle und könnten dazu beitragen, dass Unternehmen rechtzeitig mit geeigneten Maßnahmen zum Arbeitsplatzverlust reagierten, sagte er. Für verbindliche Vorgaben zur Anpassung von Arbeitsbedingungen an die Bedürfnisse psychisch kranker Menschen im Bundesteilhabegesetz plädierte Eva Welskopf-Deffaa vom ver.di-Bundesvorstand. Nach Auffassung des Geschäftsführers der Aktion Psychisch Kranker (APK e.V.), Ulrich Krüger, muss sich die Perspektive der einzelnen, betroffenen Personen im Gesetz wiederfinden. Denn jede psychische Erkrankung habe sehr individuelle Auswirkungen. Jens Nitschke, der Leiter „Berufliche Rehabilitation“ der Bundesagentur für Arbeit, forderte eine eindeutige Aufgabenzuweisung im Bundesteilhabegesetz. Er drang auch auf Klarheit bei der Finanzierung.

Bei der Vermittlung psychisch Kranker in den ersten Arbeitsmarkt fehlt es nach Einschätzung von Friedrich Kiesinger, dem Geschäftsführer der gemeinnützigen Gesellschaft für soziale und gesundheitliche Dienst-



Foto: Insa Knickrehm

Uwe Schummer und Peter Weiß mit Experten auf dem Podium

leistung Albatros Berlin, insbesondere an „Lotsen“, die bei Problemen mit Arbeitgebern oder bei der Überwindung bürokratischer Hürden Hilfestellung bieten könnten. Hier müsse eine entsprechende Struktur geschaffen werden, forderte er.

Wechsel in den ersten Arbeitsmarkt schwierig

Mit sinkender Bereitschaft von Unternehmen, Menschen mit psychischen Behinderungen zu beschäftigen, hat sich nach Einschätzung von Steffi Riedel-Heller, Direktorin des Instituts für Sozialmedizin, Arbeitsmedizin und Public Health (ISAP) an der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig, die Zahl der Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen verfestigt. Da von dort aus ein Wechsel in den ersten Arbeitsmarkt jedoch selten gelinge, sei eine zeitlich unbegrenzte unterstützte Beschäftigung erforderlich. Die Bedeutung einer solchen unterstützten Beschäftigung hob auch

Wolfgang Grasnick, Geschäftsführer der Union Sozialer Einrichtungen (USE GmbH) in Berlin, hervor. Seine Organisation begleitet psychisch Kranke auf dem Arbeitsmarkt mit leistungsge-rechter Anleitung und einem Stufen-system.

Sinkende Toleranz

Entgegen häufig anderslautender Analysen vertrat der Ärztliche Direktor im Reha-Zentrum Seehof der Deutschen Rentenversicherung Bund, Michael Linden, den Standpunkt, dass die Zahl der psychischen Erkrankungen stabil sei. Allerdings führten die technischen Entwicklungen am Arbeitsmarkt zu sinkender Toleranz gegenüber Leistungsschwankungen, räumte er ein. Damit würden immer mehr Menschen mit psychischen Erkrankungen wie Depressionen und Angstzuständen aus der Arbeitswelt gedrängt. Erforderlich sei für diese Menschen ein Minderleistungsausgleich.

Museum der Moderne für Berlin

Bund gibt 200 Millionen Euro

Berlin bekommt endlich ein Museum der Moderne. In den kommenden Jahren sieht der Bund dafür bis zu 200 Millionen Euro vor. Auf einer Fläche von 14.000 Quadratmetern sollen in dem Neubau die Sammlungen der Neuen Nationalgalerie sowie die Privatsammlungen Marx, Marzona und Pietzsch eine Unterkunft finden. Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion sprachen von einer lange ersehnten Entscheidung.

„Einen Riesenerfolg für unsere Kulturgeschichte in Deutschland und unsere Museumslandschaft“ nannte Kulturstaatsministerin Monika Grütters die Bewilligung des Geldes. Der Neubau soll auf einem Grundstück an der Potsdamer Straße vor der Matthäuskirche entstehen – also auf dem Kulturforum, in unmittelbarer Nähe zu Mies van der Rohes Neuer Nationalgalerie. In der Neuen Nationalgalerie kann nur ein Drittel der Bestände zur Klassischen Moderne gezeigt werden. Auch das Museum Hamburger Bahnhof, der zweite Ort für moderne Kunst in Berlin, hat Platznot.

Lücke schließen

„Endlich kann die Lücke in der Museumslandschaft unserer Hauptstadt geschlossen werden“, erklärte auch der Hauptberichterstatter für Kultur und Medien im Haushaltsausschuss, Rüdiger Kruse. Dies sei ein echter Durchbruch in der jahrelangen Debatte um die Schenkungen großartiger Kunstwerke – vor allem die des Ehepaars Pietzsch. Der Unternehmer Heiner Pietzsch und seine Frau hatten Berlin ihre Sammlung surrealistischer Werke unter der Voraussetzung zugesagt, dass sie angemessen reprä-



Foto: Philipp Eder

Blick auf das Kulturforum: Auf einem freien Grundstück dort soll das neue Museum für moderne Kunst gebaut werden

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducusu.de/veranstaltungen

- 2. Dezember 2014 Fraktionsoffene Sitzung CDU/CSU und SPD zur Reform des europäischen Datenschutzrechts
- 3. Dezember 2014 Fachgespräch Frieden und Sicherheit in Afrika
- 16. Dezember 2014 Vorweihnachtliche Feier der CDU/CSU-Fraktion im Tipi

sentierte werde. Nachdem es lange keine Fortschritte gab, hatte er mit dem Verkauf der Werke gedroht.

Nun muss laut Grütters das Land Berlin seinen Beitrag leisten, indem es das Grundstück zur Verfügung stellt und rasch das nötige Baurecht schafft. Anschließend muss ein Architekturwettbewerb veranstaltet werden. An dem Neubau sollen auch private Investoren beteiligt werden. Mit dem Baubeginn kann ab 2016 gerechnet werden. Fertiggestellt werden soll der Neubau bis 2020.

Kulturetat erhöht

Insgesamt stieg der Bundeshaushalt für Kultur und Medien um 102 Millionen auf rund 1,33 Milliarden Euro – was einer Steigerung von 8,3 Prozent entspricht. Das Geld fließt unter anderem in ein Sonderprogramm Denkmalschutz, ein Romantikmuseum in Frankfurt am Main und in eine neue Dauerausstellung des Jüdischen Museums Berlin. Auch der Ausbau der Deutschen Welle wird unterstützt.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt